



Deutscher Bundestag  
Petitionsausschuss

Herrn  
Gustav Wall  
Haarenufer 16  
26122 Oldenburg (Oldb)

Berlin, 9. Juli 2014  
Bezug: Mein Schreiben vom  
9. Mai 2014  
Anlagen: 1

**Referat Pet 1**  
**BMI, BMVI, BMVg, BMWi**

[REDACTED]  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 [REDACTED]  
Fax: +49 30 227 [REDACTED]  
[REDACTED]bundestag.de

Die Sachbearbeiterin ist montags in  
der Zeit von 07:30 bis 14:30 Uhr,  
mittwochs in der Zeit von 07:30 bis  
15:30 Uhr, dienstags, donnerstags in  
der Zeit von 07:30 bis 12:00 Uhr  
und freitags in der Zeit von 07:30 bis  
13:30 Uhr unter der oben genannten  
Telefonnummer erreichbar.

### **Internationale Wirtschaftsbeziehungen**

**Pet 1-18-09-741-007731** (Bitte bei allen Zuschriften angeben)

Sehr geehrter Herr Wall,

zu Ihrer Petition ist eine Stellungnahme des Bundesministeriums  
für Wirtschaft und Energie (BMWi) eingeholt worden. Eine  
Zweitschrift dieser Stellungnahme ist als Anlage beigelegt.

Die Ausführungen des Fachministeriums (BMWi) sind  
sachgerecht und geben die zurzeit geltende Rechtslage zutreffend  
wieder. Sie sind aus Sicht des Ausschussdienstes des  
Petitionsausschusses nicht zu beanstanden.

Unter Berücksichtigung der Ausführungen des BMWi kann der  
Ausschussdienst eine Änderung der Rechtslage derzeit nicht in  
Aussicht stellen.

Ihre Eingabe sehe ich damit als abschließend beantwortet an,  
sofern Sie sich nicht gegenteilig äußern. In diesem Fall möchte  
ich Sie bitten, Ihre Einwände möglichst konkret darzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag



**Stellungnahme  
des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie  
zur Eingabe von Herrn Gustav Wall,  
26122 Oldenburg  
Pet 1-18-09-741-007731**

In der Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und SPD für die 18. Legislaturperiode ist vor dem Hintergrund der „NSA-Affäre“ u. a. festgehalten, dass die Bundesregierung zur Wahrung der „technologischen Souveränität“ Deutschlands den Einsatz national entwickelter IT-Sicherheitstechnologien sowie die Verbreitung vertrauenswürdiger Hard- und Software erheblich auszubauen beabsichtigt. Ebenso sieht die Vereinbarung vor, Maßnahmen zu ergreifen, z. B. bei der Entwicklung von Cloud Technologien, um dadurch die Rückgewinnung technologischer Souveränität voranzutreiben.

Die Bundesregierung ist derzeit dabei, die Koalitionsvereinbarung in konkrete Maßnahmen umzusetzen, z. B. in ihren Förderprogrammen, sowie auf EU-Ebene mit den dort zuständigen Stellen über Möglichkeiten zu sprechen, technologische Abhängigkeiten, z. B. beim in der Petition angesprochenen Trusted Computing zu lösen. Für die Bundesregierung ist dabei entscheidend, nicht bestimmte Technologien als solche zu unterstützen, sondern durch die Offenheit der Systeme bzw. Standards Wettbewerb und dadurch Herstellerunabhängigkeit zu ermöglichen.

„Strategische Partnerschaften“ mit anderen Staaten können in diesem Zusammenhang sicher sinnvoll sein, sind aber ganz sicher nicht, wie in der Petition herausgehoben, das einzige Mittel um technologische Abhängigkeiten zu lösen, zumal zuvor sehr sorgfältig ausgelotet werden müsste, welche Beiträge zu welchem „Preis“ die Partner in diesem hochsensiblen Bereich leisten können. Nicht minder wirkungsvoll dürfte die bei öffentlichen IKT-Beschaffungsvorhaben vom Bundesinnenministerium nunmehr verlangte Herstellererklärung sein, dass Kundendaten nicht ins Ausland transferiert werden und auch das EU-Forschungsprogramm Horizon 2020 beinhaltet zahlreiche

Fördermöglichkeiten zur Verbesserung der IT-Sicherheit und Systemoffenheit, die durch europäische Unternehmen erforscht werden können.